

Antrag

der Abgeordneten Karl-Josef Laumann, Dagmar Wöhrl, Veronika Bellmann, Dr. Rolf Bietmann, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Gitta Connemann, Alexander Dobrindt, Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof), Dr. Michael Fuchs, Hans-Joachim Fuchtel, Dr. Reinhard Göhner, Kurt-Dieter Grill, Ernst Hinsken, Robert Hochbaum, Volker Kauder, Dr. Martina Krogmann, Dr. Hermann Kues, Werner Lensing, Wolfgang Meckelburg, Friedrich Merz, Laurenz Meyer (Hamm), Dr. Joachim Pfeiffer, Hans-Peter Repnik, Dr. Heinz Riesenhuber, Franz Romer, Kurt J. Rossmanith, Hartmut Schauerte, Uwe Schummer, Johannes Singhammer, Max Straubinger und der Fraktion der CDU/CSU

Ausschreibungspraxis in der Arbeitsmarktpolitik effizient und effektiv ausgestalten

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Mit der Insolvenz der deutschen Tochter des niederländischen Personaldienstleisters Maatwerk, des größten Trägers von Personal Service Agenturen in Deutschland, wird deutlich, dass das Ausschreibungssystem der Bundesagentur für Arbeit in der bestehenden Konzeption keinen Bestand haben kann. Insbesondere auch die Stärkung der Zeitarbeit in Deutschland ist durch die Vergabe an die Firma Maatwerk. 200 von 1000 Filialen der PSAs benötigen einen neuen Träger, der sich in die Struktur des jeweiligen Arbeitsmarktes einfinden muss.

Das derzeitige Ausschreibungsverfahren, wie es auch im Weiterbildungsbereich angewandt wird und das hauptsächlich unter Kostengesichtspunkten die Träger auswählt, kann hier keine dauerhafte Lösung sein.

2. Bildungsträger sind zunehmend unzufrieden mit dem derzeitigen Ausschreibungsverfahren. Die Ausschreibungspraxis benachteiligt kleinere Bildungsträger vor Ort. Lössen deren Maßnahmestandorte mehr als 100 Kilometer auseinander liegen, haben zur Folge, dass bundesweit tätige Träger begünstigt werden. Durch die arbeitsamtsübergreifende Losbildung werden kleinere Träger zur Bildung von Bietergemeinschaften gezwungen, welche allerdings durch den erhöhten Verwaltungsaufwand nicht im Preiskampf mit den bundesweit agierenden Trägern bestehen können. Zudem stehen gravierende steuerliche und haftungsrechtliche Probleme und die Kurzfristigkeit der Ausschreibungen durch die Bundesagentur der, durch einen hohen Regie- und Verwaltungsaufwand gekennzeichneten, Bildung von Bietergemeinschaften ohnehin entgegen.

Kleinere Träger mit einer besonderen Kompetenz in einem speziellen Angebotsbereich haben das Nachsehen. Bundesweite „Billiganbieter“ erfüllen die Kriterien der Bundesagentur, können aber die Qualität der Maßnahmen häufig nicht sichern. Sie sind vielfach nicht in der Lage, auf die regionalen Gegebenheiten zu reagieren und in Vernetzung mit den Schulen, Verwaltungen und der Wirtschaft teilnehmerorientiert zu arbeiten. Genau dies ist aber Voraussetzung für spätere Eingliederungserfolge.

3. Gemeinnützige Einrichtungen mit oft jahrelangen Erfahrungen auf dem Bildungssektor dürfen an den bisherigen Ausschreibungsverfahren nicht teilnehmen und erhalten keine Chance, ihr in vielen Jahren erworbenes Know-how einzusetzen. Hier wird systematisch Potential vom Markt verdrängt, dass gerade in der derzeitigen Lage dringend in Deutschland benötigt wird.
4. Momentan befinden sich bei der Bundesagentur für Arbeit etwa 500 000 junge Menschen in Maßnahmen, 330 000 junge Menschen sind in Maßnahmen der Agenturen für Arbeit, ohne eine Ausbildungsstelle im Dualen System zu haben. Aus diesen Zahlen müssen dringendst die nötigen Konsequenzen gezogen werden. Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit muss eine Kernfrage künftiger Arbeitsmarktpolitik werden und nachhaltige Lösungen sind umgehend zu entwickeln.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. ein Konzept vorzulegen, wie die künftige Politik der Bundesagentur für Arbeit ausgestaltet werden soll und welche Zielrichtung die Bundesregierung mit der derzeitigen und zukünftigen Arbeitsmarktpolitik verfolgt;
2. die Zielsetzung auf dem Markt der Fort- und Weiterbildung klarzustellen, insbesondere wie viel Mittel in den nächsten Jahren den Arbeitsagenturen zur Verfügung stehen, wie das Langzeitkonzept für diese Maßnahmen aussehen und ob die 70-Prozent-Verbleibsquote so beibehalten werden soll wie bisher;
3. bei den weiteren Maßnahmen umgehend auch im Sinne der Planungssicherheit für die Träger klarzustellen, welche Maßnahmen in der Zukunft weiter erhalten werden sollen, wie deren finanzielle Ausstattung aussehen und welche Maßnahmen in nächster Zukunft ausgeschrieben werden sollen. Außerdem sollte klargestellt werden, wie die regionalen Arbeitsagenturen von der Bundesagentur für Arbeit an dem Verteilungsprozess beteiligt werden;
4. bei der Ausschreibung der Berufsvorbereitenden Maßnahmen im Laufe dieses Jahres sind Konsequenzen aus der bisherigen Ausschreibungspraxis zu ziehen. Die Ausschreibungen der Bundesagentur für Arbeit sind stärker anhand inhaltlicher, qualitativer aber vor allem auch regionaler Gesichtspunkte zu gestalten, die Losgrößen bei der Vergabe von Berufsbildenden und Berufsvorbereitenden Maßnahmen sind derart zu bilden, dass kleinere Anbieter vor Ort nicht zu Gunsten bundesweit tätiger Träger benachteiligt werden. 115 000 junge Menschen sind auf die Berufsvorbereitende Maßnahmen dringendst angewiesen. Für diese Jugendlichen müssen qualifizierte Träger gefunden werden, die die bestmögliche Förderung anbieten. Das bisherige Ausschreibungsverfahren weist hier große Mängel auf und muss grundlegend überdacht und verbessert werden. Es ist dringend der Verantwortung für junge Arbeitslose Rechnung zu tragen, dieser Verantwortung muss sich die Bundesregierung stellen;

5. die Ausschreibungspraxis ist zu überarbeiten, Losgrößen müssen verkleinert und Fristsetzungen verlängert werden. Kleine, regionale Bildungsträger dürfen nicht durch die Ausschreibungspraxis behindert und faktisch aus dem Markt gedrängt werden. Sie sind für einen lebendigen Wettbewerb auf dem Feld der Weiterbildung auch in Zukunft nötig.

Berlin, den 30. März 2004

Karl-Josef Laumann
Dagmar Wöhrl
Veronika Bellmann
Dr. Rolf Bietmann
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Gitta Connemann
Alexander Dobrindt
Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)
Dr. Michael Fuchs
Hans-Joachim Fuchtel
Dr. Reinhard Göhner
Kurt-Dieter Grill
Ernst Hinsken
Robert Hochbaum
Volker Kauder
Dr. Martina Krogmann
Dr. Hermann Kues
Werner Lensing
Wolfgang Meckelburg
Friedrich Merz
Laurenz Meyer (Hamm)
Dr. Joachim Pfeiffer
Hans-Peter Replik
Dr. Heinz Riesenhuber
Franz Romer
Kurt J. Rossmanith
Hartmut Schauerte
Uwe Schummer
Johannes Singhammer
Max Straubinger
Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion

